

# Antwort unbefriedigend

**ERMENSEE** Mit der Antwort des Regierungsrates auf ihre Anfrage zum Thema Drogenkonsum ist die Kantonsrätin Claudia Wedekind nicht ganz zufrieden.

Der Regierungsrat «verfolge die Entwicklungen im Bereich der Betäubungsmittelkriminalität der letzten Jahre aufmerksam und mit Sorge», schreibt dieser auf eine Anfrage von Claudia Wedekind, Ermensee. Sie dankt der Regierung für die Beantwortung, doch: «Die Fragen», schreibt sie auf Anfrage des «Seetaler Bote», «wurden aus meiner Sicht nicht in der gewünschten Tiefe beantwortet. Sie lassen bei mir einige offene Fragen, vor allem was konkret die Bevölkerung und

den Kanton Luzern betrifft, zurück.» Sie werde in der kommenden Session weitere Fragen zu diesem Themenkreis stellen, erläutert sie.

Claudia Wedekind und 26 Mitunterzeichnende wollten vom Regierungsrat wissen, seit wann eine Zunahme des Crack-Konsums festgestellt werde, und wie sich dieser entwickelt, wie sich Konsum und der Handel in der Landschaft beziehungsweise dem Rest des Kantons entwickelt, wie die Zusammenarbeit mit den Gemeinden aussieht, ob sich die Schliessung von Polizeiposten auf die Patrouillen auswirkt und ob die Polizei bei der Prävention unterstützt werden könne.

In seiner Antwort schreibt der Regierungsrat, dass der Konsum von Crack in den letzten zwei bis drei Jahren stark zugenommen habe, auch bei Erwachsenen.



Claudia Wedekind. Foto zvg

Dies habe unter anderem mit dem tiefen Preis, der hohen Verfügbarkeit und dem einfachen Konsum zu tun. «Was das für heute, jetzt und die Zukunft für die Menschen und den Kanton Luzern bedeutet,

kann ich den Antworten nicht entnehmen», moniert Claudia Wedekind hier.

Hauptumschlagplatz für illegale Suchtmittel ist die Stadt Luzern, gefolgt von den Agglomerationsgemeinden. Aber auch in den regionalen Zentren Sursee, Hochdorf und Willisau ist ein verstärkter Konsum, insbesondere von Crack, feststellbar. Kokain wird in allen Gesellschaftsschichten konsumiert, schreibt der Regierungsrat in seiner Stellungnahme weiter und die Anzahl der regulären Einsatzpatrouillen innerhalb der Grundversorgung habe nur einen bedingten Einfluss auf die Entwicklung im Betäubungsmittelbereich.

Die Antworten sind sehr allgemein gehalten, sagt Claudia Wedekind. So auch die Antwort zur Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Der Regierungsrat

schreibt zum Thema «Community Policing»: «Die Mitarbeitenden im Community Policing sind Teil der uniformierten Polizei. Sie stehen mit den Gemeindebehörden, mit Partnern und Institutionen in engem Kontakt. Sie kennen die örtlichen Verhältnisse bestens und erkennen dadurch Lageveränderungen sehr schnell. Somit können sie bei Bedarf unmittelbar und flexibel agieren.»

«Was bedeutet denn «enger Kontakt» konkret?», möchte Claudia Wedekind wissen: «Sind das regelmässige Treffen mit den Gemeinden? Mit welchen Gemeinden? Oder sind das Ressortgespräche?» Alles in allem findet sie die Antworten zu wenig konkret und verbindlich. «Die offenen Punkte respektive Unklarheiten werde ich an der Session vorbringen», schreibt die Kantonsrätin dazu.